

FREIBERUFLER-TICKER vom 07. März 2019

1. **Schutz elektronischer Beweismittel**

Die Bundesregierung hält die grundsätzliche Einbeziehung auch von Klein- und Kleinstunternehmen in den Anwendungsbereich der E-Evidence-Verordnung (Verordnung über Europäische Herausgabeanordnungen und Sicherungsanordnungen für elektronische Beweismittel in Strafsachen ([COM \(2018\) 225 final – 2018/0108 \(COD\) EPOC-VO](#)) für sachgerecht, da anderenfalls „sichere Datenhäfen“ entstehen könnten. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung ([19/8054](#)) auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion von Die Linke ([19/7639](#)) zur Herausgabe von im Internet gespeicherten persönlichen Daten hervor, über die der Deutsche Bundestag am 5. März 2019 berichtet hat. Die Bundesregierung habe sich für den Schutz von Berufsgeheimnisträgern und den Schutz des Kernbereichs der privaten Lebensgestaltung eingesetzt und wünsche sich diesbezüglich auch noch weitere Nachjustierungen im Zuge des anstehenden Trilogs zwischen EU-Parlament, Rat und Europäischer Kommission.

2. **Rückläufiger Trend: 15,4 Prozent der deutschen Mittelständler unter weiblicher Führung**

Von den insgesamt rund 3,76 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen sind im Jahr 2017 rund 15,4 Prozent von Frauen geleitet worden. Das zeigt eine [Sonderauswertung](#) von KfW Research auf Basis des KfW-Mittelstandspanels im Umfeld des Internationalen Frauentags am 8. März 2019, die Ende vergangener Woche veröffentlicht worden ist. Im Jahr zuvor hatte der Anteil noch 16,4 Prozent betragen, im Jahr 2013 auf seinem Höchststand 19,4 Prozent. Die Anzahl frauengeführter Mittelständler ist damit zwischen den Jahren 2013 und 2017 um 100.000 auf 580.000 Unternehmen gesunken. Maßgeblich für den Rückgang ist laut KfW Research nach wie vor die gute Lage am Arbeitsmarkt. So fielen Entscheidungen immer häufiger für eine abhängige Beschäftigung – und gegen eine unternehmerische Selbstständigkeit. So sei der Frauenanteil an allen Gründern im Jahr 2017 auf 37 Prozent gesunken, das sind sechs Prozentpunkte weniger als im Jahr 2015. Vor allem bei Vollerwerbsgründungen sei ihre Beteiligung zurückgegangen auf 29 Prozent, zehn Prozentpunkte weniger als im Jahr 2015.

3. **Immer mehr Frauen leben von eigener Erwerbstätigkeit**

Das hat das Statistische Bundesamt am 6. März 2019 [mitgeteilt](#). So haben im Jahr 2017 72 Prozent und damit knapp drei Viertel der Frauen im Alter zwischen 25 und 54 Jahren ihren Unterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit bestritten. Zehn Jahre zuvor sind es 65 Prozent gewesen. Die Destatis-Berechnungen bescheinigen eine noch eindeutiger Veränderung in der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen. Hier hat der Anteil der Frauen im Jahr 2007 noch bei 36 Prozent gelegen und hat sich im Jahr 2017 auf 57 Prozent erhöht. Zudem sind im Jahr 2017 rund 35 Prozent der Selbstständigen im Alter von 25 bis 54 Jahren weiblich gewesen. Den höchsten Anteil an weiblichen Selbstständigen hat es in Berufen der Floristik (93 Prozent), der Körperpflege (87 Prozent) und der Erziehung/Sozialarbeit (87 Prozent) gegeben.

4. **MINT-Kompetenz für Deutschland: Neue Plattform geplant**

MINT-Bildung kommt in der modernen, digital geprägten Welt eine wesentliche Bedeutung zu. Sie ist nicht nur für jeden Einzelnen, sondern auch für die Gesellschaft und die wirtschaftliche Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit wichtig. Das schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/7884](#)) auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion der FDP ([19/7319](#)), über die der

Deutscher Bundestag am 4. März 2019 informiert hat. Aus diesem Grund fördert die Bundesregierung seit vielen Jahren die Umsetzung von Maßnahmen zur Stärkung der MINT-Bildung. Der auf den Internetseiten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung veröffentlichte MINT-Aktionsplan bündelt und vernetzt zahlreiche Maßnahmen für die MINT-Bildung und verknüpft sie mit neuen Vorhaben, deren Umsetzung schrittweise erfolgen werde. Eine der im [MINT-Aktionsplan](#) aufgeführten neuen Maßnahmen sei die Umsetzung einer MINT-E-Plattform, die über die Funktionen eines Portals hinausgehen soll. Die entsprechende Veröffentlichung soll im Sommer 2019 erfolgen. Die MINT-E-Plattform soll als onlinegestütztes, bundesweites Tool gebündelt, systematisiert und transparent über die umfangreichen Bildungsangebote in Deutschland informieren.

5. Alterung der Gesellschaft im Stadt-Land-Vergleich

Die Alterung der Gesellschaft in den Großstädten ist vorübergehend durch die Zuwanderung aus dem In- und Ausland gestoppt. Dabei verstärken die Wanderungen junger Bevölkerungsschichten in die Großstädte die Alterungsprozesse in den Abwanderungsregionen. Zudem altert Ostdeutschland stärker als der Westen. Zu diesen Ergebnissen kommt das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln in einer [Studie](#), die am 4. März 2019 vorgestellt worden ist. Die älteste Region Deutschlands ist die thüringische Kleinstadt Suhl. Im Mittel sind die Suhler 50,3 Jahre alt und damit sechs Jahre älter als der Bundesdurchschnitt von 44,2 Jahren. Die jüngste Stadt ist die baden-württembergische Großstadt Heidelberg mit einem mittleren Alter von 40,1 Jahren. Divergenzen in der Bevölkerungsentwicklung und Altersstruktur sind laut Einschätzung des IW mit weitreichenden Konsequenzen für die Daseinsvorsorge, öffentliche Infrastruktur und regionale Wirtschaftsentwicklung verbunden.

6. Studie zum wirtschaftlichen Entwicklungsstand

Das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle – IWH hat mit einer [Studie](#), die am 4. März 2019 veröffentlicht worden ist, Ergebnisse zur Produktivität in Ost und West, zur Entwicklung von Stadt und Land sowie zur Fachkräftesituation präsentiert. Demnach sind hierzulande Produktivitätsunterschiede vom West-Ost-Gefälle geprägt. Zudem unterscheiden sich die Produktivität zwischen den ost- und westdeutschen Städten mehr als zwischen den ländlichen Regionen. Nach Angaben der Forscher herrscht in Ostdeutschland kein genereller Mangel mehr an Sachkapital. Aber es fehlen dort zunehmend Fachkräfte, was auf vielfältige Gründe zurückgeführt wird: (1) Der Osten hatte bis zum Anfang der 2000er-Jahre einen größeren Anteil hoch qualifizierter Beschäftigter als der Westen; dieser Vorsprung ist mittlerweile fast überall verloren gegangen. (2) Die Schulabbrecherquoten sind höher als in Westdeutschland. (3) Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter nimmt in den ostdeutschen Flächenländern in Zukunft deutlich schneller ab als in den westdeutschen. (4) Hoch qualifizierte Zuwanderer, die zum Beispiel eine Blaue Karte EU haben, ziehen viel eher in west- als in ostdeutsche Regionen, hier ist Berlin die Ausnahme.

7. Rekordstand bei Arbeitsvolumen

Rund 61,1 Milliarden Stunden haben die Erwerbstätigen im Jahr 2018 in Deutschland gearbeitet. Das entspricht einem Plus von 1,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Erstmals seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 1991 ist damit die Schwelle von 61 Milliarden Stunden überschritten worden. Das hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung am 5. März 2019 [berichtet](#). Der bisherige Höchststand hat im Jahr 1991 bei 60,3 Milliarden Stunden gelegen.